

Ablasshandel mit der Schweiz

Jochen Wiemken – Quelle: ww.spd.de - 14. September 2011

Das geplante Steuerabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz trifft auf Widerstand. Die SPD wirft der Regierung vor, die Steuergerechtigkeit den Interessen der Schweizer Banken und ihren straffälligen deutschen Kunden zu opfern. Dies sei eine „Ohrfeige für alle Steuerehrlichen.“ Die SPD-geführten Länder wollen dem Abkommen deshalb nicht zustimmen.

Anfang 2013 soll es endlich soweit sein: Der fast 50 Jahre schwelende Steuerstreit zwischen Deutschland und der Schweiz soll dann beendet sein. Ein neues Abkommen zwischen beiden Staaten soll für Rechtssicherheit sorgen. Ab 2013 sollen deutsche Steuerflüchtlinge ihr in Schweizer Banken illegal gelagertes Vermögen anonym pauschal nachversteuern können. Dafür sind Steuersätze zwischen 19 und 34 Prozent vorgesehen. Man schätzt, dass deutsche Steuerhinterzieher momentan Gelder in Höhe von 100 bis 300 Milliarden Euro auf Schweizer Konten lagern.

Die zentralen Punkte des Steuerabkommens

Das Steuerabkommen wurde am 10. August vorgestellt, der genaue Text liegt der Öffentlichkeit noch nicht vor. Bekannt sind bisher lediglich die zentralen Punkte:

- Deutsches Schwarzgeld wird nachträglich mit 19 bis 34 Prozent besteuert; je nachdem, wie lange es in der Schweiz gehortet wurde.
- Künftige Kapitalerträge auf deutschem Geld werden mit 25 Prozent besteuert.
- Schweizer Banken erhalten besseren Zugang zum deutschen Markt.
- Die Schweizer Banken überweisen Deutschland im Voraus 1,9 Milliarden Euro. Dieses Geld wird mit den weiteren Einmalzahlungen aus der Nachversteuerung verrechnet.
- Deutschland darf in den Jahren 2014 und 2015 höchstens 999 Auskunftersuche zu verdächtigen Steuerpflichtigen an die Schweiz stellen.
- Deutschland verzichtet ab 2013 auf den Kauf und die Auswertung von „gestohlenen“ Daten-CDs zur Ermittlung von Steuerkriminalität.

Zufrieden über das Steuerabkommen zeigen sich die Koalition und Schweizer Banken. Finanzminister Schäuble hält die angestrebte privilegierte Behandlung von Straftätern mit unversteuertem Vermögen in der Schweiz für ein Instrument

zur Erreichung von mehr Steuergerechtigkeit. Gegenüber der „Neuen Zürcher Zeitung“ sagte der Minister, er erwarte deshalb keinen Widerstand in Deutschland. CDU-Finanzexperte Klaus-Peter Flosbach sieht gar einen weiteren Meilenstein im Kampf gegen Steuerhinterziehung. Er jubelt, dass die Zeiten für Schwarzgeldkonten in der Schweiz „endgültig“ vorbei“ seien.

Schweizer Bankiervereinigung begrüßt das Abkommen

Auch für die eidgenössischen Banken fällt das Abkommen wunschgemäß aus. Es wird als „Meilenstein für den Finanzplatz Schweiz“ angesehen. „Als Bankier bin ich vor allem dankbar, dass den Kunden eine faire Lösung geboten wurde, ihre Vermögen zu regularisieren“, sagt etwa der Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung, Patrick Odier.

SPD kritisiert „Ablasshandel“ mit Schweiz

Die SPD und die von ihr geführten Bundesländer kritisieren hingegen das Abkommen. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist das vom Bundesfinanzministerium für die Bundesregierung ausgehandelte Steuerabkommen nichts anderes als ein „Ablasshandel“. Es verletzte das Rechtsempfinden jedes ehrlichen Steuerzahlers in Deutschland. Besonders bemängelt wird, dass Steuerhinterzieher jetzt unter Zahlung eines pauschalierten Einmalbetrages Legalität geschenkt wird. „Mit Steuergerechtigkeit hat ein solcher exklusiver ‚Sündenlass‘ nichts zu tun“, stellt SPD-Finanzexperte Joachim Poß fest. Abwegig sei auch, dass ausgerechnet die Schweizer Banken, die ihre Kunden bei der Steuerhinterziehung bisher unterstützen, die pauschalierte Steuer mit strafbefreiender Wirkung festsetzen, einziehen und abführen sollen. Poß: „Es ist nicht Aufgabe der deutschen Regierung und des Bundesfinanzministeriums, das Geschäftsmodell der Schweizer Banken zu retten.“

Schäuble zu Nachverhandlungen aufgefordert

Doch das Abkommen ist noch nicht endgültig unterzeichnet. Zudem muss es noch von den Parlamenten gebilligt werden. Nun kündigt sich im Bundesrat, in dem Schwarz-Gelb keine Mehrheit mehr hat, Widerstand an. Der Koordinator der SPD-Finanzminister, der rheinland-pfälzische Finanzminister Carsten Kühl, erklärte das Abkommen „nach allem, was wir bisher auf unterschiedlichsten Wegen erfahren haben“, für nicht zustimmungsfähig. Im Namen der SPD-Länder fordert er den Bundesfinanzminister auf, das Abkommen so nachzuverhandeln, dass es „kein Schlag ins Gesicht ehrlicher Steuerzahler“ sei. „Wenn auch nach diesem Abkommen Geld aus Drogendeals, Raub, Erpressung und anderen kriminellen Geschäften durch eine anonyme Abgabe nach wie vor weiß

gewaschen werden kann, dann wird das nie und nimmer die Zustimmung der sozialdemokratisch geführten Länder im Bundesrat erhalten“, so Kühl gegenüber der „Berliner Zeitung“.

Steuer-Gewerkschaft und Wirtschaftsethiker sehen ehrliche Steuerzahler betrogen

Doch nicht nur in der Opposition und den SPD-geführten Ländern gibt es Kritik: Für die Deutsche Steuer-Gewerkschaft ist das Abkommen eine „Veräppelung der ehrlichen Steuerzahler“, betont ihr Vorsitzender Thomas Eigenthaler. Ausgerechnet die kämen am günstigsten weg, die es am längsten in der Illegalität ausgehalten hätten. Für den deutschen Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann lesen sich die bislang vorliegenden Details des vorunterzeichneten Steuerabkommens „reichlich unappetitlich“. In der „Wochenzeitung“ spricht er von einem „Coup der Bankenrepublik“ und fasst zusammen: „Das über viele Jahre angehäuften Schwarzgeld im geschätzten Umfang von 131 Milliarden Euro für Deutschland allein (...) wird weißgewaschen („Weißgeldstrategie“) – und die Bankenrepublik Schweiz gleich mit. Und zwar zum „Discount-Steuersatz“ (Deutsche Steuer-Gewerkschaft), so dass sich nicht nur ehrliche SteuerzahlerInnen, sondern auch diejenigen, die sich in jüngster Zeit selbst angezeigt haben, hintergangen fühlen müssen. Steuerhinterzieher mit besonders hoher krimineller Energie werden also privilegiert behandelt.“